



Schleswig-Holsteinischer Landtag
Bildungsausschuss
- L 213 -

Kiel, 17. Januar 2011
Landeshaus
Tel. (0431) 988 1145
(0431) 988 1147
(0431) 988 1148
Fax (0431) 988 1156

K u r z b e r i c h t

*über die 20. Sitzung des **Bildungsausschusses***

*am Donnerstag, dem 13. Januar 2011, 14:00 Uhr,
im Sitzungszimmer 142 des Landtages*

Beginn: 14:05 Uhr

Mit den Stimmen von CDU und FDP gegen die Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN bei Enthaltung des SSW empfahl der Ausschuss dem Landtag, den Gesetzentwurf der Landesregierung zur **Änderung des Hochschulgesetzes und weiterer Rechtsvorschriften**, Drucksache 17/794, in geänderter Fassung anzunehmen; mit den Stimmen von CDU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Enthaltung der LINKEN und des SSW empfahl der Ausschuss dem Landtag im Wege des Selbstbefassungsrechts, den Antrag der Koalitionsfraktionen **Möglichkeiten zur Umstrukturierung des Universitätsrates und des Medizinausschusses**, Umdruck 17/1747, anzunehmen.

Der Bildungsausschuss empfahl dem federführenden Wirtschaftsausschuss, die Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN **Regionalökonomische Bedeutung der Universität Lübeck für den Wirtschaftsstandort Lübeck und für Schleswig-Holstein**, Drucksache 17/952, zur Kenntnisnahme zu empfehlen.

Sodann nahm der Ausschuss Berichte der Landesregierung über die **aktuelle Situation der „Sektion für Sexualmedizin“ des UK S-H, Campus Kiel, und die Auswirkungen einer strukturellen Gefährdung der Arbeit dieser Einrichtung auf den Fortbestand der Forschung und Lehre im Bereich der Sexualmedizin und der Forensischen Sexualmedizin** (Umdruck 17/1685) sowie über **aktuelle Entwicklungen bei den Landesförderzentren für Sprache, Hören, Sehen, körperliche und motorische Entwicklung** (Umdruck 17/1712) entgegen.

Mit den Stimmen von CDU und FDP gegen die Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der LINKEN und SSW empfahl der Ausschuss dem Landtag, den Gesetzentwurf der Landesregierung zur **Änderung des Schulgesetzes und des Mitbestimmungsgesetzes Schleswig-Holstein**, Drucksache 17/858, mit drei Änderungen (Umdruck 17/1729) anzunehmen. Die Beschlussfassung über den Gesetzentwurf der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur **Änderung des Schulgesetzes - Stärkung der Freien Schulen**, Drucksache 17/510, wurde bis zur Vorlage eines vom Bildungsminister angekündigten Gesetzentwurfs der Landesregierung zurückgestellt.

Mit den Stimmen von CDU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Enthaltung der LINKEN und des SSW empfahl der Ausschuss dem Landtag, den SPD-Antrag **Entlastung der Schülerinnen und Schüler im Rahmen des achtjährigen Gymnasiums**, Drucksache 17/90, in modifizierter Fassung (Umdruck 17/1746) anzunehmen; mit den Stimmen von CDU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der LINKEN und des SSW empfahl der

Ausschuss dem Landtag, den SSW-Änderungsantrag Drucksache 17/138 abzulehnen.

Zum **SSW-Gesetzentwurf für die Bibliotheken in Schleswig-Holstein und zur Änderung des Landespressegesetzes**, Drucksache 17/683, will der Ausschuss eine mündliche Anhörung durchführen. Die kulturpolitischen Sprecher der Fraktionen wollen sich am Rande der kommenden Landtagstagung auf den Kreis der Anzuhörenden verständigen.

Die **Beschlüsse der 24. Veranstaltung „Jugend im Landtag“**, Umdruck 17/1662, nahm der Ausschuss zur Kenntnis. In der **nächsten Sitzung**, am 3. Februar 2011, wird der Ausschuss ein Gespräch mit den Kommunalen Landesverbänden zum Thema U3 sowie mit dem Denkmalrat führen; im Anschluss an die Ausschusssitzung soll das Hochschulpolitische Dialogforum tagen. In der übernächsten Ausschusssitzung am 3. März 2011 will der Ausschuss eine ganztägige Bereisung durchführen (Besuch der Waldschule und der Universität in Flensburg sowie des Landesarchivs in Schleswig). Am 31. März 2011 will der Ausschuss eine Anhörung zur Medienkompetenz durchführen.

Schluss: 18:00 Uhr

gez. Ole Schmidt